

# Das rumänische Kommando gegen Josef.

Öffentliche Desavouierung des Regimes Friedrich.

Z Budapest, 21. August. (Priv. Tel.) Die Sensation des Tages ist ein Plakat, das die rumänische Kommandantur in den Straßen Budapests anschlagen ließ und vor dem sich die Passanten in großen Gruppen stauen, den Inhalt lebhaft kommentierend. Das Plakat ist ein scharfer Sieb gegen das derzeitige Regime in Budapest, dem darin vorgeworfen wird, daß alle Bemühungen der Rumänen, der Bevölkerung Lebensmittel zuzuführen, an der totalen Unorganisiertheit — das ist der Ausdruck der Kundmachung — der derzeitigen Regierung kläglich gescheitert sind. Die Rumänen haben Bahnen eröffnet, den Schlepperverkehr auf der Donau wieder eingeführt, das Offenhalten der Lebensmittelläden bis 9 Uhr abends veranlaßt, alle Mühe war vergeblich. Weiter protestiert die Kundmachung energisch gegen die Verdächtigung, die rumänische Regierung habe die politische und die Pressefreiheit eingeschränkt und politische Verfolgungen veranlaßt. Die Verantwortung für solche Dinge trifft ausschließlich jene, die den Rumänen solche Dinge unter-schoben haben. Das Publikum nimmt diese Plakate zum Anlaß ziemlich unverbämter Neuerungen gegen die derzeitige Regierung, der allgemein vollständige Unfähigkeit vorgeworfen wird.

Befräftigt wird die allgemeine Ansicht, daß das Verbleiben der gegenwärtigen Regierung ein Unding sei, durch die Nachricht, daß die Versailler Friedenskonferenz dem jetzigen Regime die Friedensbedingungen nicht übermitteln werde.

## Keine Anerkennung des Standrechtes.

Eine andere, sehr kräftige Desavouierung des Kabinetts Friedrich erfolgte durch die heutige offizielle Verlautbarung der rumänischen Kommandantur, wonach das von der ungarischen Regierung verhängte Standrecht über das Land und die Stadt Budapest nicht zu Recht bestehe, da zu solchen Maßnahmen während der Besetzung ausschließlich das rumänische Kommando berechtigt sei.

Trotz dieser unhaltbaren Verhältnisse und unbekümmert um die schiefe Situation, in der

sich das gegenwärtige Regime befindet, arbeitet die Regierung an den Vorbereitungen für die im letzten Drittel des Monats September in Aussicht genommenen Wahlen in die Nationalversammlung weiter. Das Wahlrecht, das als Stfröi gedacht ist, soll ein allgemeines, gleiches, geheimes, auch die Frauen einbeziehendes sein. Die Altersgrenze ist für das aktive Wahlrecht mit dem 24., für das passive mit dem 30. Lebensjahr festgesetzt und an die Kenntnis der Elementargegenstände gebunden.

Nach all dem ist es aber mehr als fraglich, ob die gegenwärtige Regierung dazu kommen wird, die Wahlen durchzuführen. Die Entente und Rumänien lehnen die Regierung des Erzherzogs Josef entschieden ab, und da das Land unbedingt auf das Wohlwollen dieser beiden Machtfaktoren angewiesen ist, dürften die Tage der Regierung gezählt sein.

## Garami oder Weferle.

Schon heute wird die Nachfolge lebhaft besprochen und man spricht einerseits von einem Kabinett Garami unter Beibehalt einiger der gegenwärtigen Minister, andererseits wird auch der Name Weferle vielfach genannt. Eine andere Version, die nicht so ohneweiters von der Hand zu weisen ist, spricht davon, daß die Regierung Ungarns bis zu den Wahlen in die Nationalversammlung durch ein fünfteiliges Direktorium geführt werden soll, das sich aus einem Vertreter der königlichen Kurie, der obersten Gerichtsbarkeit Ungarns, einem Vertreter des ungarischen Magnatenhauses, einem des Abgeordnetenhauses und aus je einem Vertreter der sozialistischen und der bürgerlichen Parteien zusammensetzen soll. Auch die Zustimmung der Ententevertreter zu einer derartigen Lösung der gegenwärtigen Krise soll bereits gesichert sein.

\*

Die „Ungarische Post“ meldet aus Budapest:

Der Führer der Sozialdemokraten Ernst Garami ist heute nachmittags in Budapest

eingetroffen. Gestern und heute sind außerdem einige Herren in Budapest angelangt, die in Wien an den dort parallel mit den Budapest-Unterhandlungen geführten Besprechungen mit den politischen Vertretern der Entente als Vertrauensmänner verschiedener Parteigruppen teilgenommen haben. Die Besprechungen in Wien ergaben die Feststellung, daß das durch die Regierung Friedrich repräsentierte System jene Unterstützung der Entente, die Erzherzog Josef in seinem am 9. d. an Clemenceau gerichteten Telegramm erbitten hat, nicht erhalten werde.

## Die magharisch-rumänische Entente gescheitert.

Saint-Germain, 21. August. Der „Temps“ läßt sich über Zürich aus Wien melden, daß die geringe Unterstützung, die der Erzherzog Josef und Ministerpräsident Friedrich bei der Entente gefunden haben, den Plan der konservativen Kreise, eine enge Verbindung zwischen Ungarn und Rumänien herzustellen, wieder aufs Tapet gebracht habe. Im Sinne der Konservativen wäre es gelegen, eine magharisch-rumänische Annäherung zum Kristallisationspunkt einer weiter ausgedehnten Entente zu machen, der auch Polen und unter Umständen auch Deutschösterreich angeschlossen werden und die sich gegen die Tschechoslawen, Bulgaren, Ukrainer und Russen richten würde. Das Blatt fügt hinzu, daß dieser Plan weit von der Verwirklichung sei, da er auf den Widerstand der rumänischen und polnischen Demokraten stoßen müßte.

Der Prager Korrespondent des „Temps“ berichtet zu dem gleichen Gegenstand, daß die rumänischen Wortführer der magharisch-rumänischen Verbindung Bratianu und Diamandi sind, während in Budapest Graf Teleky für sie eintritt. Die Politik des beabsichtigten Blocks wäre ausgesprochen anti-sozialistisch.